Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2.35 M., monatl. 10 M. vorausbezahlbar frei ins Haus. Kreuzbandsendung monatlich 12 M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Johannes Reitze, Hamburg
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 20 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 30 ₰.

Anzeigen die 4gespaltene Petitzeile 2.20 M., zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 2.40 M. Anzeigen-Annahme: Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 133. Sonntag, den 20. März 1921 – Morgen-Ausgabe. 35. Jahrgang.

50 Jahre Deutscher Reichstag.

Am 21. März 1871 trat zum ersten Male der „Deutsche Reichstag“ zusammen. Damals nach einem treffenden Wort von Wilhelm Liebknecht als „Feigenblatt des Absolutismus“ gedacht, heute nach der Entwicklung eines halben Jahrhunderts, in das schließlich der umwälzende Krieg und die Revolution als „Lokomotive der Weltgeschichte“ hineinrasten, die mächtigste Körperschaft innerhalb des Deutschen Reiches, die Körperschaft, in der sich alle Staatsmacht konzentriert, soweit diese dem vom Auslande beherrschten deutschen Volke noch geblieben ist.

Wie gleich allem, was besteht, die Namen und Begriffe, mit denen der Menschengeist sich in der Welt orientiert, ihren Inhalt in einen ständigen Veränderungsprozeß umgestalten, läßt sich just am Worte „Reichstag“ als einem klassischen Beispiel zeigen. Bis hinein in jenes Frankenreich, dessen Spuren bis in das fünfte Jahrhundert reichen, und aus dem durch den Vertrag von Verdun 843 Deutschland und Frankreich hervorgingen, können wir die Institution der Reichstage verfolgen. Damals eine Versammlung der Bischöfe, Reichsäbte, Herzöge, Grafen sowie anderer „edler“ Herren und „Ministerialien“, änderte der Reichstag Zusammensetzung und Befugnisse je nach der Macht der Klassen in deutschen Landen. Erst lediglich begutachtende Körperschaft, die dem König Ratschläge gab, verwandelte sich der „Reichstag“ mit dem Sinken der Kaisermacht zunächst in die maßgebende Reichsstandschaft, ohne die der König oder „Römischer Kaiser Deutscher Nation“ so gut wie nichts bestimmen konnte, um nach dem Siege des Partikularismus der Fürsten, die sich kaum noch um das Reich kümmerten, zu einer blassen Dekoration zu werden. Wenn auch nun mit dem Entstehen des mittelalterlichen Handels — seit 1255 — das bürgerliche Element durch die Reichsstädte auf den „Reichstagen“ vertreten war, hatten die unteren Schichten an dieser ehrwürdigen Einrichtung doch kein Interesse und empfanden es, soweit sie es überhaupt erfuhren, als höchst gleichgültig, da sie sich seit dem Regensburger Reichstag von 1663 in bloße Gesandtenkonferenzen verwandelte. An den Namen, der aus der ständisch-aristokratischen Verfassung des Mittelalters stammte, knüpfte die Nationalversammlung von 1848 in der Frankfurter Paulskirche an, als sie in der von ihr für den Papierkorb ausgearbeiteten Verfassung die künftige Volksvertretung als „Reichstag“ bezeichnete.

Um die Lösung der deutschen Frage „mit Blut und Eisen“ zu bewerkstelligen, die Masse für die preußische Sache zu gewinnen, der oppositionellen liberalen Bourgeoisie einen Streich zu spielen und das Volk gegen die Fürsten und Bureaukraten auf seine Seite zu bringen, spielte Bismarck den Gedanken des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts aus. Das Spiel glückte. Einer der wenigen aufrechten Demokraten des deutschen Bürgertums, Franz Ziegler, rief 1866 begeistert aus: „Das Herz der deutschen Demokratie schlägt da, wo Preußens Fahnen wehen.“ Bismarck hielt nach dem Kriege sein Versprechen, den Männern im Alter von über 25 Jahren das gleiche, geheime Wahlrecht zu geben. Die Rückständigkeit des damaligen Proletariats sicherte ihm ein für das Junkertum günstigeres Wahlergebnis als das zeitweilig von ihm als „elendestes“ aller Wahlsysteme verurteilte Dreiklassenwahlrecht. Dem Bestreben der Fürsten und ihrer Trabanten, möglichst viel durch die Einzelstaaten zu regeln, setzte er auf dem Wege durch das gleiche Stimmrecht die Neigung des Volkes zu zentralistischer Regelung entgegen.

Um einen künftigen Reichstag, der etwa allzu unbequem wurde, beabsichtigte er sich nicht zu kümmern. Sollte etwa der Reichshaushaltsetat verweigert werden, so hatte er ein zuverlässiges Heer in Händen, das ihm genau so gut, wie 1862 bis 1866 in Preußen, erlaubte, sich über die Beschlüsse des Parlaments mit einem ironischen Lächeln hinwegzusetzen. Die ersten Proben auf das allgemeine Stimmrecht schienen Bismarcks Gefallen an dieser Wahlart zu rechtfertigen. Bei den Wahlen zum verfassunggebenden Reichstag des Norddeutschen Bundes — 12. Februar 1867 — wurden von der Sozialdemokratie — das heißt der sächsischen Volkspartei, aus der eine der sozialdemokratischen Parteien hervorging — zwei Mandate erobert und die beiden damals, ganz wie heute die streitenden Gruppen, im Bruderkampf miteinander ringenden proletarischen Parteien brachten es auf etwas über 50 000 Stimmen. Die Neuwahl des Norddeutschen Reichstages am 31. August 1867 brachte beiden sozialdemokratischen Parteien zusammen sechs Mandate, aber ihre Stimmenzahl hatte noch abgenommen.

Nach dem deutsch-französischen Krieg und im Anschluß an die Reichsgründung am 18. Januar wurde am 3. März 1871 der erste Deutsche Reichstag gewählt. Es stimmten für die beiden sozialistischen Parteien — „Lassalleaner“ und „Eisenacher“ — rund 3 v. H. der Wähler — insgesamt 101 927 Stimmen —, und nur zwei Sozialdemokraten, Bebel und Rechtsanwalt Schraps, wurden gewählt.

Von Versailles nach Versailles führten die Wege des deutschen Kaiserreiches. Am 17. März 1871 zog Wilhelm I., „der Siegreiche“, als deutscher Kaiser in Berlin ein, umjubelt von den herrschenden Klassen, als der neuerstandene Kaiser Rotbart vom Kyffhäuserberg, der nun dort unten seine Ruhe finden würde, weil die Raben den Gipfel nicht mehr umkreisen. Vier Tage später durfte denn auch die Volksvertretung zusammentreten.

Die Geschichte des Deutschen Reichstags ist die Geschichte des Deutschen Reiches während des letzten halben Jahrhunderts. Denn wenn der Reichstag sich bis zur Revolution auch nicht durchzusetzen vermochte, teilweise, weil die bürgerlichen Parteien keine Parlamentsherrschaft wollten, teils auch, weil die Regierung Machtmittel gegen das Parlament besaß, ja, wenn noch im letzten Kriegsjahre die parlamentarische Mehrheit ihre Beschlüsse vom Großen Hauptquartier und den zivilen Handlungen der militärischen Halbgötter, von Geistesgrößen wie Michaelis und schläfrigen Greisen wie dem alten Hertling sabotieren lassen mußte, so spiegelten die Wahlen und die Verhandlungen des Reichstags doch alle Klassenkämpfe, alle vorbereitenden Machtverschiebungen der Klassen und die Keime zur Schicksalswende von 1914 und 1918 wieder. Zwar schwankten bei den letzten Reichstagswahlen vor der Revolution die Wahlkreise zwischen rund 10 000 und rund 200 000 Wahlberechtigten, so daß nur noch mit Ironie vom gleichen Wahlrecht in Deutschland gesprochen werden konnte. Die Stimmenzahlen und teilweise auch die Mandatsziffern der Parteien boten ein Bild jener Sinneswandlung, die der gigantischen Entwicklung des deutschen Kapitalismus zu verdanken war. Lebte doch im Jahre 1871 rund die Hälfte, im Jahre 1914 nur noch ein Viertel der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Man verbot von 1878 bis 1890 die sozialdemokratischen Versammlungen und vereinigte gleichzeitig in den sich zunehmend konzentrierenden Betrieben der Großindustrie Proletariermassen, die bei der Arbeit und durch die Arbeit zum Klassenbewußtsein gelangten, so daß die Fabriksäle durch die Produktion, ohne daß Reden gehalten oder Betriebsräte gewählt wurden, sozialdemokratische Versammlungsräume wurden. Wenn 1882 von je 1000 Industriearbeitern noch 344, 1907 nur noch 227 in Kleinbetrieben bis zu fünf Arbeitern, 1882 noch 640, 1907 schon 708 in Großbetrieben — mit mehr als 50 Arbeitern — beschäftigt waren, so zeigten diese Ziffern mehr als Seelenschilderungen und Daten der Gesetzgebung den Urgrund der Wandlungen auch des Deutschen Reichstages.

Schon bei der Wahl von 1874 stieg die Stimmenzahl der Sozialdemokratie von 3 auf 6 v. H., die ihrer Mandate von 2 auf 10. Es kam die Wahl von 1877, die erste nach dem Gothaer Einigungskongreß der Sozialdemokratie von 1875, und brachte eine Erhöhung der Stimmenzahl auf 9 v. H., der Mandate auf 12. Im Jahre 1878 verminderte die Sozialistenhetze, die durch die Attentate des Syphilitikers Hödel und des liberalen Kronprinzenschwärmers Dr. Nobiling auf den alten Kaiser ermöglicht wurde, die sozialdemokratische Stimmenzahl von 9 auf 8 v. H., die Zahl der Sitze im Reichstage von 12 auf 9. Anfänglich vermochte die Unterdrückungspolitik den Siegeslauf der sozialdemokratischen Ideen aufzuhalten. Im Jahre 1881 sank die sozialdemokratische Stimmenzahl weiter auf 6 v. H., wenn auch die Mandatsziffer wieder auf 12 stieg. Aber der vorübergehende Erfolg des Ausnahmegesetzes schlug in ein dauerndes Fiasko um. Im Jahre 1884 stieg die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 6 auf 10 v. H. und verdoppelte sich die Zahl der Mandate, so daß nunmehr 24 sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstag saßen. Auch der reaktionäre Erfolg bei den Faschingswahlen von 1887, bei denen es sich um das „Septennat“, die Bewilligung der Heeresvermehrung auf 7 Jahre, handelte, konnte wohl die Mandatszahl der Sozialdemokraten wieder auf 11 herabbringen, nicht aber die Stimmenzahl. Genau gerechnet stieg das Prozentverhältnis sogar noch, nämlich von 9,7 auf 10,1 v. H. der Stimmen. Bei den ersten Wahlen unter dem letzten Kaiser 1890 stieg unsere Stimmenzahl gleich von 10 auf 20 v. H., die Mandatsziffer von 11 auf 35. Im Jahre 1893 stieg die Stimmenziffer weiter auf 23 v. H., die Mandatszahl auf 44. Im Jahre 1898 ergab sich eine weitere Steigerung unserer Stimmen auf 27 v. H., unserer Mandate auf 56. Nach der Herausforderung der Massen durch den Zolltarif stieg der Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmen 1903 von 27 auf 32 und die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten von 56 auf 81. Bei den Hottentattenwahlen von 1907 ging es einmal etwas zurück. Just als sich hier die Volksmehrheit für die Kolonialpolitik und den Imperialismus erklärte, trug sie sehr viel zu jener Völkertragödie bei, die damit endete, daß die vom deutschen Volke in die Kolonien gesteckten Summen der kapitalistischen Weltmacht Englands zugute kamen. Damals sank die Stimmenzahl unserer Partei auf 21 v. H. und ihre Mandatszahl auf 43. Doch im Jahre 1912 erreichte sie den Höchststand ihrer Stimmenzahl und Mandate mit 34 v. H. der Stimmen und 110 Mandaten.

Es kamen Weltkrieg, Revolution, Nationalversammlung und der erste Reichstag der deutschen Republik, Ereignisse, die unsern Lesern frisch im Gedächtnis sind und oft genug beleuchtet wurden. Die Geschichte des Deutschen Reichstages befriedigt uns nicht, nicht während des Kaiserreiches, nicht nach der Revolution.

Aber die Geschichte des Reichstages ist die Geschichte der steigenden Macht des sozialistischen und demokratischen Gedankens, der durch den Wolkendunst betrübender Gegenwart die Morgenröte einer besseren Zukunft hindurchschimmern läßt, so daß sie wie die gesamte Weltgeschichte nach einem Worte des Philosophen Hegel als die Entwicklung des Begriffs der Freiheit aufgefaßt werden kann.

Von London bis Moskau.

So sehr uns die Strafmaßnahmen der Alliierten beschäftigen, dürfen wir darüber doch nicht die Vorgänge in der Welt vergessen. Denn diese bleiben nicht ohne Rückwirkung auf das Verhältnis der Alliierten untereinander und auf unser Verhältnis zu den Alliierten. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die auseinanderlaufende Politik zu verfolgen, die Frankreich und England gegenüber Rußland und Polen verfolgen.

Bis zum Zusammenbruch der Armee Wrangels war die Politik Englands und Frankreichs gegenüber Rußland und Polen eine gleichlaufende, obwohl England damals bereits seine heutige Politik vorbereitete. Als Frankreich so weit ging, die sogenannte Regierung des baltischen Abenteurers offiziell anzuerkennen und einen Gesandten bei dieser Regierung zu ernennen, desavouierte England diese Politik. Dagegen knüpfte England Verhandlungen mit Rußland an, über den Abschluß eines Handelsabkommens, Verhandlungen, die sich in Wirklichkeit schon zwei Jahre hinziehen, die aber wieder von Frankreich desavouiert wurden, während sie Lloyd George im englischen Unterhause mit der Bemerkung verteidigte, daß England ja auch mit Kannibalen Handel treibe ... Diese auseinanderlaufende Politik hat einerseits zu dem Abschluß des französisch-polnischen Bündnisses, anderseits zu dem Abschluß des englisch-russischen Handelsabkommens geführt, das England auch politisch Rußland gegenüber zu einer friedlichen Politik verpflichtet. Das liegt ja auf der Hand. Man kann mit einem Staate nicht gleichzeitig Handel treiben und Krieg führen. Diese Wahrheit bezieht sich auch auf Deutschland, wenn sie die Alliierten auch noch nicht anerkennen wollen.

Wenn man sich des Gegensatzes zwischen Polen und Rußland erinnert, der seine Wurzeln in der Geschichte, in der Geographie und in der Wirtschaft hat, dann kann man voraussehen, daß dieser Gegensatz nicht ohne Rückwirkung auf das Verhältnis der beiden Westmächte zueinander bleiben wird. Vorläufig ist dieses Verhältnis freilich ein scheinbar noch ungetrübtes. Der Vertrag von Versailles kettet Frankreich und England aneinander, wie er Italien und die kleinen „alliierten und assoziierten Nationen“ in das Gefolge Frankreichs und Englands zwingt. Es wäre eine törichte Hoffnung, auf die inneren Gegensätze und auseinanderstrebenden Interessen der Alliierten zu spekulieren und von diesen für Deutschland eine Erlösung aus den Fesseln des Vertrages von Versailles zu erwarten. Solange die Alliierten hoffen können, aus dem Vertrage von Versailles Nutzen zu ziehen, werden sie stets bereit sein, ihre widerstrebenden Interessen zurückzustellen. Erst mit der Regelung unserer Verpflichtungen werden die verschiedenen Interessen wieder freies Spiel haben. Von einer solchen Regelung kann aber vorläufig nicht die Rede sein. Die Alliierten sind mehr als je entschlossen, in der Methode der Zwangsmaßnahmen fortzufahren, um Deutschland zum Nachgeben zu zwingen. Erst wenn sie zur Einsicht gekommen sein werden, daß sie einen verkehrten Weg eingeschlagen haben, um Deutschland zahlungsfähig und zahlungswillig zu machen, erst dann wird für uns die Stunde der Verhandlungen und für die Alliierten Englands und Frankreichs die Stunde der Handlungsfreiheit gekommen sein.

Daß viele Keime und Triebkräfte am Werke sind, um das Bündnis Frankreichs und Englands auseinanderzusprengen, dafür ist ihre auseinanderlaufende Ostpolitik der offenbarste Beweis. Für Deutschland ist sowohl die Ostpolitik Frankreichs wie Englands gefährlich. Die französische Ostpolitik teilt uns zwischen zwei militaristisch-imperialistische Staaten ein, wovon der eine verlangend und drohend nach Oberschlesien, der andere nach dem linken Rheinufer und dem Ruhrgebiet blickt. Die sicherste Gewähr gegen diese Bestrebungen ist vorläufig für uns England, dessen Interessen so gestaltet liegen, daß es nicht zulassen könnte, wenn Frankreich ein kohlenreiches, Zentraleuropa militärisch und wirtschaftlich beherrschendes Land würde. Diese einfache Erwägung allein verbietet uns eine einseitige Kontinentalpolitik. Sie gebietet uns jedoch auch, nach einem Wege der Verständigung mit Frankreich zu suchen, um zu verhindern, daß Frankreich, sobald die Fesseln des Vertrags von Versailles für alle gefallen sind, nicht versucht ist, in einem kriegerischen Abenteuer zu holen, was ihm der Vertrag von Versailles noch versagt hat. An dieses Problem können wir nicht früh genug herantreten. Denn in Frankreich vollzieht sich eine außenpolitische Einstellung nur langsam. Die französische Außenpolitik ist vielleicht die stetigste, die konservativste von allen Ländern. England einbegriffen, ungleich stetiger als es die deutsche Außenpolitik unter dem verflossenen Regime war, die ziellos hin und her schwankte und nach allen Seiten ausschlug und anstieß. Es ist unsere Aufgabe, die Außenpolitik der deutschen Republik zu bestimmen und ihr den Charakter einer friedlichen Demokratie aufzuprägen.

Deshalb müssen wir auch die Augen offen halten und die Entwicklung der englisch-russischen Beziehungen beobachten. England sucht sich zweifellos den Vorrang auf dem künftigen russischen Markte zu sichern. Da uns der Landweg nach Rußland vorläufig verbaut ist, bleibt uns nur der Seeweg, der infolge der Ablieferung des größten Teiles unserer Handelsflotte sehr erschwert ist. England hat sich hier von vornherein einen riesigen Vorsprung gesichert, den es natürlich ausnutzen wird. Es ist auch charakteristisch für die Politik der Kommunisten, die Rußland beherrschen, daß sie bereit sind mit England Schachergeschäfte zu machen, Rußland durch England wieder kapitalistisch aufbauen und ausbeuten zu lassen. Es wäre deshalb Wahnsinn, dem Rate der deutschen Kommunisten zu folgen und uns mit dem ruinierten, englischen Kapitalisten ausgelieferten Sowjetrußland zu verbünden — vorausgesetzt, die Moskauer Diktatur wäre bereit, auf diese Karte zu setzen.

Während uns das französisch-polnische Bündnis also politisch bedroht, bedroht uns die englische Handelspolitik wirtschaftlich. In dieser Beziehung wird aber auch zwischen Rußland und Polen beziehungsweise England und Frankreich ein scharfer Kampf um den Einfluß in den Randstaaten sich entwickeln. Litauen, Lettland und Estland werden der Einsatz dieses Kampfes sein. Wie England es durchgesetzt hat, die französische Herrschaft in Oberschlesien zu brechen, wird es auch nichts unversucht lassen, um Polen aus Litauen zu verdrängen und in Danzig, Riga und Liebau seinen Einfluß zu verankern.

J.-S.-J.

Der prügelnde Kreiskontrolleur.

Die in Kattowitz anwesenden Vertreter der deutschen Presse richteten folgendes Telegramm an die interalliierte Kommission in Oppeln: Dr. Manfred Georg, der Vertreter der „Vossischen Zeitung“, wurde am 18. März, 8½ Uhr vormittags, von einem französischen und einem oberschlesischen Kriminalbeamten aus seinem Bett im Hotel Monopol in Kattowitz geholt und wurde trotz seines Einspruches dem Kreiskontrolleur von Kattowitz-Land, Kommandant de Vic, vorgeführt. Der Kommandant machte Dr. Georg Vorwürfe wegen seines Berichtes über eine Versammlung in Michalkowitz. Als Dr. Georg gegen seine Vorführung protestierte und versuchte, den Tatbestand klarzustellen, schlug de Vic unter schweren Beschimpfungen ohne weiteres auf ihn ein. Die Verletzungen wurden von Dr. Knosalb, einem Arzte in Kattowitz, später schriftlich bestätigt.

Die aus Anlaß der Abstimmung in Kattowitz versammelten Vertreter der deutschen Presse erblicken in der Verhaftung und Behandlung ihres Berufskollegen Dr. Georg eine brutale Verletzung der Ehre, Freiheit und der Rechte der Presse. Sie machen den Mitgliedern der interalliierten Kommission als der vorgesetzten Behörde des Kommandanten de Vic Mitteilung von diesem jedem internationalen Kulturbegriff widersprechenden Vorfall, in der bestimmten Erwartung, daß die interalliierte Kommission unverzüglich eine Sühne für die Beleidigung Dr. Georgs und ausreichende Genugtuung für die der gesamten Presse gezeigte Mißachtung herbeigeführt.

Von diesem Telegramm ist gleichzeitig der deutschen Regierung zu Händen des Reichskanzlers und der gesamten deutschen und internationalen Presse Mitteilung gemacht worden.

Im Wiederaufbauministerium fanden wichtige Besprechungen der Regierung mit Sachverständigen, Unternehmern und Arbeitervertretern statt über den Wiederaufbau Frankreichs.

Für unsere Frauen

Die Redensart „Politik verdirbt den Charakter“ dient in der Regel Intrigantennaturen zur Beschönigung ihrer Charakterlosigkeit. Nur eine gerade Natur kann dem Sozialismus dienen.

Leu.

Die Frauen und die Presse.

Auf die Macht und den Einfluß der Presse kann nicht oft genug hingewiesen werden. Je größer die Abonnentenzahl sozialdemokratischer Zeitungen ist, um so wirkungsvoller der wirtschaftliche und politische Kampf. Die Frauen insbesondere können viel zur Ausbreitung und Vertiefung sozialistischer Ideen tun.

Aus lieber alter Gewohnheit duldet die Arbeiterfrau in der Großstadt sogenannte „parteilose“ Zeitungen in ihrem Heim. Der „schöne“ Roman und der lokale Teil entspricht so ganz ihrem Gefühls- und Auffassungsvermögen. Ein süßlicher Ton, vermischt mit phantasievollen dunklen Andeutungen, fesselt so manche Leserin. Zum Schaden ihrer selbst! Denn auch ihr sollte bekannt sein, daß die Wirklichkeit ganz anders aussieht. Das eigene Leben sowohl wie das der Umwelt liefert dafür Beweise genug. Doch die tägliche Lektüre der Klatschpresse übt ihre Wirkung aus: sie tötet den Geist. So manche Frau empfindet die Täuschung gar nicht mehr, weil sie regelmäßig das Gift zu sich nimmt.

In der Kleinstadt und in den ländlichen Ortschaften ist es noch schlimmer. Das Kreisblatt ist für die Frauen recht oft das „goldene Buch“. Sie hängen mit einer Zähigkeit an der Kreisblattpresse, weil man durch sie erfährt — wer sich verlobt und verheiratet und wer geboren hat. Die Welt ist in der Tat für viele, viele Frauen recht klein! Mauern und Grenzpfähle werden auf ungeeignetsten Plätzen errichtet. Die Abhängigkeit der Schriftleiter vom Verleger tut ein übriges, die „Wohltaten“ der Reichen und der gebildeten Leute in den Vordergrund zu rücken. Ein altes und doch immer wieder hervorgeholtes Lied. Denn aufkommende Zweifel müssen erstickt werden. In der Zeit des Frauenwahlrechtes noch mehr als früher. Gilt es doch, die Frauenstimmen insbesondere für die bürgerlichen Parteien zu erhalten.

Sind wir diesem Verhältnis gegenüber machtlos? O nein! Frauenkräfte sind genügend vorhanden, um den eingeschläferten Geist so mancher Geschlechtsgenossin wieder wachzurufen. Die Wählerversammlungen haben den Boden für die Aufklärungsarbeit gut vorbereitet. Müde Augen leuchteten auf, als die Frauen aus Frauenmunde hörten von den Kämpfen der Besitzlosen gegen die Besitzenden. Das war ein Stück eigenes Leben und Erleben. Sie begriffen, daß über die Familie hinaus es ein Gemeinschaftsinteresse gibt. Die Schulfrage war für die Mütter von besonderer Bedeutung. In diesem Zusammenhang auf die Arbeiterpresse hingewiesen, die das Sprachrohr der kämpfenden Arbeiterklasse ist, verfehlte seine Wirkung auch auf die Frauen nicht.

Jetzt müssen die Genossinnen in Stadt und Land ein weiteres tun. Im mündlichen und, wo es angeht, schriftlichen Verkehr an Verwandte die Frage richten, ob auch die sozialdemokratische Zeitung gelesen wird. Aus einer Wählerin muß eine überzeugte sozialdemokratische Kämpferin werden. Der Geist ist es, der die Macht verkörpert, und daher muß die Macht der bürgerlichen Presse gebrochen werden.

Werben wir alle unermüdlich für die Arbeiterpresse! Denn damit streuen wir die Saat, die, einmal zur Reife gediehen, uns eine reiche Ernte beschert.

Johanne Reitze.

Im Wartesaal.

Gespräche vor der Abfahrt.

Von Robert Grötzsch.

Sie: Und dann überhaupt ... Der Sozialismus geht gar nicht durchzuführen ...

Er: Wollen wir das Gespräch nicht vertagen? Fünf Minuten vor Zugabgang kann man solche Probleme nicht anständig behandeln, nur mißhandeln ...

Sie: Das Kapital abschaffen, das gibt's ja gar nicht ...

Er: Ein andermal, liebe Freundin, hier in der Wartehalle können wir nur darüber hinstreiten ... Haben Sie Ihre Fahrkarte?

Sie: Alles teilen, daß einer so viel hat wie der andere — lächerlich ...

Er: Also — wenn Sie durchaus wollen: Lächerlich ist nur das Märchen vom Teilen! Glauben Sie wirklich noch an diese Erfindung unserer Gegner? Die Sozialdemokratie will zunächst nichts, als eine planmäßige, auf höchste Ergiebigkeit eingestellte Wirtschafts- und Produktionsweise an Stelle des jetzigen planlosen Wirtschaftsdurcheinanders. Es soll nicht mehr dem einzelnen vorbehalten sein, zu produzieren, was er will und wie er will, Rohstoffe nach seinem Privatinteresse zu verplempern oder überflüssige Produkte herzustellen, sondern der Staat und die Oeffentlichkeit sollen an der Kontrolle, Preisgestaltung und Leitung der Produktion mitwirken und — — —

Sie: So, durch die Betriebsräte vielleicht?

Er: Sehen Sie ... Sie lassen mich nicht gründlich werden. — Durch die Betriebsräte? Aber nein. Die sollen nur das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in bezug auf Arbeitsbedingungen, Lohn- und Entlassungsfragen vertreten!

Sie: Wir erzählte ein Unternehmer, daß sein Betriebsrat die Faulheit begünstige und notorisch faulenzende Arbeiter nicht entlassen wolle ...

Er: Mir bestätigten umgekehrt mehrere Fabrikleiter, daß sie mit ihren Betriebsräten vorzüglich zusammenarbeiteten, daß die Betriebsräte rasch das nötige Verantwortungsgefühl bekommen und erkannt hätten, was sich ein Betrieb leisten könne und was nicht!

Sie: Der Unternehmer hat ja überhaupt nichts mehr zu bestimmen!

Er: Umgekehrt behaupten die Arbeiter, viele Betriebsräte hätten schon längst nichts mehr zu sagen. Im übrigen gibt's in Streitfällen für Unternehmer und Betriebsräte eine Schiedsgerichtsinstanz.

Sie: Wozu denn das alles? Früher ging's doch auch!

Er: Wie viele tüchtige Arbeiter früher wegen ihrer Gesinnung brotlos gemacht wurden, wie leichtfertig manche Unternehmer mit Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter umsprangen — davon wissen Sie offenbar nichts. Halten Sie denn einen Zustand für gesund, der Hunderte oder Tausende von Menschen der Willkür eines einzelnen unterordnet?

Sie: Na ja ... trotzdem ... wer kümmert sich denn um die andern, den Mittelstand, den selbständigen Handwerker? Jeder Arbeitslose kriegt Unterstützung — um den untergehenden Handwerksmeister kümmert sich kein Staat!

Er: Sicher ist die Lage vieler Kleingewerbetreibender heute sehr traurig, aber keine Unterstützung ist imstande, das Handwerk vor dem Untergange zu retten. Maschine und Großbetrieb sind leistungsfähiger und machen den größten Teil der selbständigen Handwerker überflüssig. Der Sozialismus kann dafür nichts.

Sie: Der Staat sollte die Kleingewerbetreibenden schützen.

Er: Wie denn? Der Staat kann höchstens die Armen vorm Verhungern schützen, aber er kann doch nicht Hunderttausende von Meisterherrlichkeiten aus öffentlichen Mitteln aufrechterhalten oder Zwischenhändler künstlich aushalten, die für den Produktions- und Wirtschaftsprozeß überflüssig geworden sind. Das Deutschland der Zukunft darf sich künftig kein solches Heer von Kleingewerbetreibenden mehr gestatten, das sich bei dem unheimlich verringerten Umsatz nur noch durch ungeheuerliche Preisaufschläge halten kann ...

Sie: Der Arbeiter fordert doch auch ununterbrochen mehr Lohn!

Er: Gewiß, das tun alle Stände, aber jeder Stand tut's auf sein eigenes Risiko! Denn wenn zum Beispiel die Produkte mancher Arbeiterbranchen infolge gestiegener Löhne, Preise usw. nicht mehr gekauft werden, versinkt diese Schicht in Arbeitslosigkeit ...

Sie: Und kriegt Arbeitslosenunterstützung ...

Er: Nur eine kurze Zeit — und auch in dieser Zeit langt die Unterstützung nicht zum Leben. Und was die „hohen Löhne“ anbelangt: Haben Sie in diesen Zeiten schon einmal — Mann, Frau und Kinder — mit 1100 bis 1300 M monatlich auskommen müssen?

Sie: Ach was — jedem Arbeiter geht's besser als dem Mittelstand!

Er: Wenn 's wirklich „jedem Arbeiter“ besser geht — bitte, es steht doch jedem frei, Arbeiter zu werden.

Sie: Und dann wollen die Sozialisten alle Arbeit gleich bewerten — und alle gleich entlohnen.

Er: Nein, das wollen höchstens unklare, naive Leute. Da Arbeitsleistungen in Qualität und allgemeinem Wert von einander verschieden sind, müssen sie auch verschieden bezahlt werden. Vielleicht kommt einmal als höchste Stufe der menschlichen Entwicklung eine so harmonische Gesellschaft der Brüderlichkeit, daß jeder, der allgemeinen Arbeitsmoral gehorchend, das Höchste an Leistung aus innerstem, sittlichem Antrieb vollbringt — aber solange diese ideale Menschheit nicht da ist, brauchen wir als Antrieb zu Talentenwicklung und Höchstleistungen eine verschiedenartige Bezahlung der menschlichen Tätigkeit.

Sie: Aber die Arbeiter erkennen doch heute die geistige Arbeit nicht als höher an denn Handarbeit.

Er: Wo sich diese Auffassung breit macht, muß sich der Sozialist eben dagegen wenden. Allerdings gibt es manche schwere oder lebensgefährliche Handarbeit, die höher gewertet werden muß als manche geistige Tätigkeit, denken Sie an die Arbeit der Bergleute. Und mancher Handwerker verrichtet eine „Handarbeit“, die allerhand geistige oder ästhetische Fähigkeiten verlangt.

Sie: Nicht wahr?! Sie helfen eben immer den Arbeitern.

Er: Ich bin nur sachlich und denke in größeren Zusammenhängen, aber Sie sind von vornherein voreingenommen und wahrscheinlich arbeiterfeindlich!

Sie: Und Sie sind bürgerfeindlich!

Er: Ich meine allerdings, daß einmal die Zeit kommen muß, da sich jeder arbeitswillige, tätige Mensch als Bürger unseres Landes fühlen kann, und das Bürgersein aufhören wird, das Vorrecht einiger Stände zu sein! Der alten kapitalistischen Geldsackherrschaft hat eben das Totenglöcklein geläutet, und eine neue Welt ringt sich mit Sturm und schweren Geburtswehen aus dem Schoß der Zeiten, wie der Dichter sagt.

Sie: Aber Ihr sozialistisches Ideal werden sie trotzdem nie, nie, nie erreichen!

Er: Ich vielleicht nicht, aber die, die nach uns kommen, werden uns segnen. Außerdem denken Sie, bitte, an Bismarcks Wort: In der Liebe wie in der Politik soll man niemals „nie!“ sagen. Sie, wertester Republikanerin, genießen heute die Verwirklichung mancher Gedanken und Ideale, deren Vorkämpfern in vergangenen Zeiten ebenfalls zugerufen wurde: „Nie, nie, werden sich eure Ideen durchsetzen!“ So ist es seit je allem Großen ergangen.

Sie: Ja ... aber — —

Er: Bitte?

Sie: Mir fehlt der Glaube!

Er: Weil Sie nur in althergebrachten ausgetretenen Gedankengängen denken können, weil Sie von Ihrer Umgebung nicht los kommen.

Sie: Nein, weil ich eben Recht habe! — — Was sagten Sie vorhin ... „in der Politik und in der Liebe — —“

Er: Soll man niemals „nie!“ sagen.

Sie: Wieso in der Liebe?

Er: Weil in der Liebe wie in der Politik alles möglich ist!

Sie: Alles? Da möchte man sich ja beinahe fürchten ... Wirklich alles?

Er: Ihr Zug wird abgerufen, Teuerste. Haben Sie Ihre Fahrkarte zur Hand?

Sie: Meine Fahrkarte ... Herrgott, wo habe ich denn meine Fahrkarte hingesteckt??!

Er: Haben Sie das Billett etwa zu lösen vergessen?

Sie: Herrgott ... ja, [illegible] sehen Sie, [illegible] man von ihrem Sozialismus! Jetzt verp[illegible] das hat [illegible] lasse ich den Zug! [illegible]

Achtung, weibliche Distriktsausschüsse.

Die Werbe-Nummer der „Gleichheit“ muß Montag abend von den Distriktskassierern abgeholt werden. Der Preis beträgt 40 ₰.